

Zwischen antiimperialistischen Kampf und dem Kampf zum Schutz der Arbeitskraft



Chinesische Hafendarbeiter vor Zinnlager im Hafen von Singapur

Foto aus: Behn, Meyer + Co.

Entstehungsbedingungen gewerkschaftlicher Bewegungen in Südostasien

So unterschiedlich wie die Länder Südasiens sind, so unterschiedlich sind natürlich auch die jeweiligen Erscheinungsformen der gewerkschaftlicher Bewegung. Lediglich ihre Beschreibung führt jedoch nicht zu einem Verständnis der Probleme dieser Bewegungen. Ein grober Überblick über die jeweiligen (historisch/strukturellen) Entwicklungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse und der politischen Rahmenbedingungen in den Ländern Südasiens sollen Anhaltspunkte für ein solches Verständnis liefern.

Einerseits abhängig, apolitisch, staatsreu und unternehmerfreundlich andererseits unabhängig, politisch, (links-) radikal und militant, so stellen sich uns die unterschiedlichen Entwicklungsphasen der Gewerkschaftsbewegungen Südasiens dar. Das heutige Bild entspricht wohl mehr dem "einerseits", betrachtet man Länder wie Indonesien, Singapur und mit einigen Abstrichen Malaysia und Thailand, aber auch Kambodscha, Laos, und Vietnam. Lediglich aus den Philippinen hört man, daß bereits in den letzten Jahren unter Marcos die Mitgliederzahlen der

unabhängigen und militanten Gewerkschaften wächst und somit auch ihr Einfluß unter den Lohnabhängigen gegenüber den staats- und unternehmerfreundlichen gewerkschaftlichen Verbänden. Die politischen Rahmenbedingungen, d.h. weitestgehende gesetzliche Einschränkungen des Koalitions- und Streikrechts und weiterer demokratischer Grundrechte, sind in all diesen Ländern verantwortlich für die heutige Schwäche der organisierten Gewerkschaftsbewegungen. Waren zeitweilig die Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften Bündnispartner der z.T. noch

heute regierenden Personen und Parteien im Kampf gegen die Kolonialherren für die Unabhängigkeit, mit Ausnahme des früher nicht kolonialisierten Thailand, so stehen sie heute mit den Forderungen nach weitestgehendem Schutz der Arbeitskraft und sozialer Absicherung den Bestrebungen der Regierungen der ASEAN-Staaten im Wege, eine (industrielle) Entwicklung ihres Landes im Rahmen der kapitalistischen Weltwirtschaft um (fast) jeden Preis voranzutreiben. In allen Staaten Südasiens wurden im Verlauf ihrer kurzen Geschichte seit der Unabhängigkeit nach dem 2. Weltkrieg zu unterschiedlichen Zeitpunkten immer wieder unabhängige und militante Gewerkschaften und ihre Dachverbände verboten und zerschlagen. Diese Geschichte der gewerkschaftlichen Bewegung, die z.T. bis lange vor den 2. Weltkrieg zurückreicht und reich an Erfahrungen militanter Arbeitskämpfe und Auseinandersetzungen mit dem

kolonialen Staatsapparat ist, wird heute gern verschwiegen. Diese Geschichte erklärt aber auch die Wurzeln der heutigen Strukturen der organisierten Gewerkschaftsbewegungen in Südostasien.

Die Kolonialzeit

Die Entstehung von Gewerkschaften in Südostasien in der Kolonialzeit hängt stark von der jeweils durch die Kolonialherren eingeführten Produktionsweise ab. Die Systeme zur Ausplünderung der Kolonien durch die verschiedenen europäischen Kolonialmächte waren unterschiedlich. Diese waren interessiert an den landwirtschaftlichen (den "Kolonialwaren") und mineralischen Rohstoffen, die in der frühen Phase der Kolonialisierung meist weiterhin in traditioneller Weise produziert und zu günstigsten Bedingungen an die europäischen Händler verkauft oder als Abgaben den Kolonialherren überlassen werden mußten.

In allen Kolonien Südostasiens, bis auf die Philippinen, wurden somit einheimische, traditionelle Produktionsweisen und Herrschaftsformen bis Anfang dieses Jahrhunderts kaum verändert. Die Kolonialverwaltung bildete sozusagen einen "Überbau" über die traditionellen Eliten und die große Mehrheit der einheimischen Bevölkerung hatte meist nur indirekt Kontakt zu den Ausländern.

Entscheidend für die Entstehung von gewerkschaftlichen Bewegungen war die Einführung kapitalistischer Lohnarbeit. Dies war zu allererst in den Häfen und Handelszentren der Kolonialmächte wie Singapur (Großbritannien), Batavia (Niederlande), Saigon (Frankreich) und Manila (USA) der Fall, allerdings bis zur 2. Hälfte des letzten Jahrhunderts nur in geringem Ausmaß. Mit der industriellen Revolution und dem Anwachsen der kapitalistischen Industrie in Europa veränderten sich allerdings auch dort die Formen kolonialer Ausbeutung. Mineralische und landwirtschaftliche Rohstoffe wurden nicht mehr allein durch begünstigten Handel und Abgaben von den einheimischen Produzenten angeeignet, sondern die Kapitalisten aus Europa und den USA begannen selbst den Abbau bzw. die Produktion zu organisieren und auf eigene Rechnung durchzuführen.

Große Gebiete wurden erschlossen, um auf Plantagen landwirtschaftliche Produkte wie Zucker, Kaffee, Kakao, Tee und später auch Kautschuck und Palmöl für den Markt des kolonialen "Mutterlandes" wie auch den Weltmarkt anzubauen. Hierbei taten sich besonders die Engländer bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erst auf Java und später auf der malaiischen Halbinsel hervor. Aber erst ab Ende des 19. Jahrhunderts investierte das Kapital

der rasch heranwachsenden imperialistischen Industrieländer in großem Ausmaß in allen möglichen Bereichen der Rohstoffgewinnung für den Export sowie mit staatlicher Hilfe in die Bereitstellung einer entsprechenden Infrastruktur in den Ländern Südostasiens (z.B. Eisenbahnbau, Hafenanlagen, Straßen usw.). Große Mengen Kapital wurden z.B. in dieser Zeit für neue Techniken des Zinnabbaus auf der malaiischen Halbinsel investiert, der bis dahin völlig von Chinesen dominiert war.

"Gastarbeiter" zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs

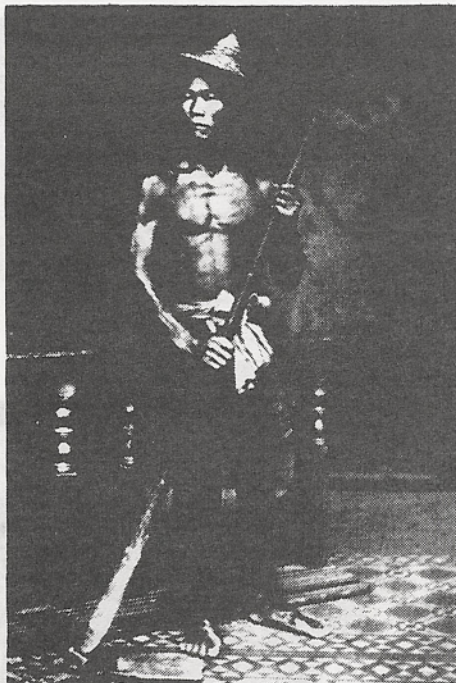
Zur Arbeit auf den Plantagen und im Bergbau sowie zur Bewältigung des anwachsenden Handels und des Ausbaus sowie der Aufrechterhaltung der entsprechenden Infrastruktur (Hafenanlagen, Lagerhallen, Straßen, Eisenbahnen, Dienstleistungen usw.) wurden immer mehr Arbeitskräfte benötigt. Da die traditionellen Gesellschaften Südostasiens über feste, soziale und kulturelle Strukturen verfügten, die auf landwirtschaftlicher Produktion beruhten, und die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in z.T. sehr dünn besiedelten Regionen lebten, standen freie Lohnarbeiter nur sehr begrenzt zur Verfügung. Dieser Arbeitskräftebedarf mußte deshalb mit "Gastarbeitern" oder Kontraktarbeitern aus jeweils benachbarten Ländern, in denen bestimmten Teilen der Bevölkerung die Existenzgrundlage aufgrund von Naturkatastrophen oder politischen Verhältnissen genommen war, gedeckt werden.

Mehrere 10 Millionen von Chinesen wurden ab der 2. Hälfte des 19. Jahrhun-

derts bis zum 2. Weltkrieg - anfänglich als "Gastarbeiter" auf Zeit - in die Handelszentren der Kolonialmächte in Südostasien verschifft, um in den Kolonien unter z.T. unmenschlichsten Bedingungen zu arbeiten und häufig auch zu sterben. Wiederholte Hungersnöte in Südchina und eine systematische Anwerbung seitens der Kolonialmächte machten diese "Völkerwanderung" von Chinesen nach Südostasien möglich. Viele von ihnen kehrten, wenn sie konnten, nach einigen Jahren in ihr Heimatland zurück, aber nicht wenige blieben. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn vor allem in diesen Städten auch heute noch eine große Anzahl der Bewohner, wenn nicht die Mehrheit, wie in Singapur, chinesischer Abstammung sind.

Die Briten, bereits seit Hunderten von Jahren Kolonialherrscher über Indien, führten insbesondere auch für die Plantagenarbeit in ihren Kolonien in Burma und Malaya "Gastarbeiter" aus Süd-Indien und dem heutigem Sri Lanka ein. In Burma war die große Mehrheit lohnabhängiger Bevölkerung indischer Abstammung. Auch setzten sie eine gewisse Anzahl von Indern in ihrer Kolonialverwaltung auf der malaiischen Halbinsel ein. Die Franzosen setzten vietnamesische Lohnarbeiter auf den Plantagen in "ihrem" Protektorat Kambodscha ein.

Die kapitalistische Produktionsweise in den oben erwähnten Bereichen mit dem Einsatz einer großen Anzahl Lohnabhängiger wurde somit von den Kolonialherren eingeführt und prägte von da an die Form der Ausbeutung der Kolonie.



Chinesischer Kuli



Indischer Kuli

Die Anfänge von gewerkschaftlichen Aktivitäten und Organisierung, wenn sie nicht von lohnabhängig beschäftigten Weißen bei europäischen Firmen mehr als Standesorganisationen gegründet wurden wie z.B. in Niederländisch-Indien (Indonesien), waren somit vornehmlich unter chinesischstämmigen Arbeitern zu finden.

Gewerkschaften - Organisationen der "Gastarbeiter"

Die Anfänge von gewerkschaftlichen Aktivitäten und Organisierung, wenn sie nicht von lohnabhängig beschäftigten Weißen bei europäischen Firmen mehr als Standesorganisationen gegründet wurden wie z.B. in Niederländisch-Indien (Indonesien), waren somit vornehmlich unter chinesischstämmigen Arbeitern zu finden. Anfänglich suchten die chinesischen Kulis noch bei den Landsmannschaften und Geheimgesellschaften Schutz gegen die extremen Ausbeutungsmethoden. Jedoch steckten diese häufig mit den Anwerbern und den einstellenden Unternehmern unter einer Decke. Später kamen vor allem auch noch Arbeiter indischer Abstammung hinzu. Die Tatsache, daß es sich bei den Lohnarbeitern meist um Ausländer und kaum um altansässige Einheimische handelte, erschwerte es ihnen zusätzlich, von letzteren akzeptiert und in die traditionellen Gesellschaften integriert zu werden. Die Politik des "teile und herrsche" erleichterte es somit den Kolonialherren, die gewerkschaftliche Organisierung der vorwiegend ausländischen Lohnabhängigen erheblich zu behindern. Die kolonialen Handelszentren waren Ausgangspunkte gewerkschaftlicher Aktivitäten und Organisierung. Hierhin kamen leichter Informationen über gewerkschaftliche Aktivitäten in Europa und auch direkte Kontakte z.T. über junge, einheimische Intellektuelle, die Europa besucht und dort studiert hatten. Sie transportierten die Ideen der bürgerlichen Revolution, des Nationalismus und des Sozialismus als Herausforderungen an die alten traditionellen, "feudalen" Gesellschaften wie auch an die Kolonialherren nach Südostasien. Die Gründung der Kommunistischen Internationale nach der russischen Oktoberrevolution 1917 und die Ausweitung ihrer Aktivitäten nach Asien, vor allem

Indien, Indonesien und China führte zu einer Reihe von Gründungen kommunistischer Parteien, die einen nicht unerheblichen Einfluß auf die im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung kleine Klasse von Lohnabhängigen in den Städten hatten. Gewerkschaftliche Organisationen waren häufig mit diesen politischen Organisationen in der einen oder anderen Weise verbunden.

Die Besonderheiten der Philippinen und Thailands

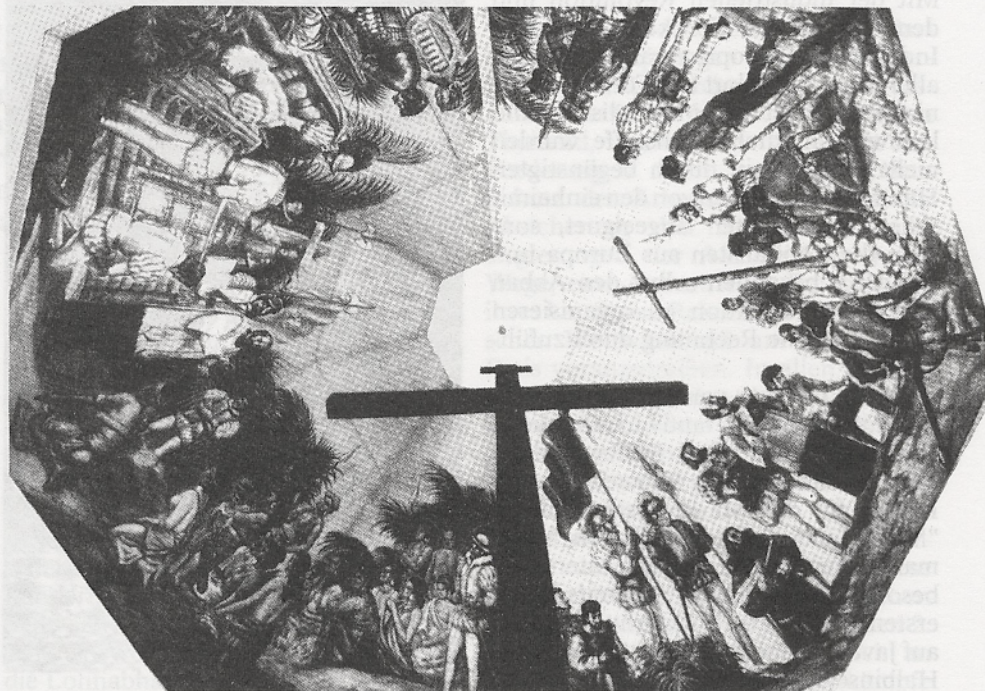
Die Entwicklung in den Philippinen ist strukturell etwas anders, da ihre Kolonialisierung seit dem 16. Jahrhundert durch die Spanier - die Vorgänger der USA - die traditionellen sozialen, religiösen und wirtschaftlichen Strukturen in weiten Teilen des Landes völlig zerstört und eine den lateinamerikanischen Ländern ähnliche Struktur geschaffen hatten. Im Gegensatz zu den

später nach Südostasien gekommenen europäischen Kolonialmächten hatten sie direkt mit Hilfe der katholischen Kirche die meisten Völker der heutigen philippinischen Inselwelt ihrem Verwaltungssystem und der Ausplünderung durch Steuern unterworfen. Sie eigneten sich große Teile des Landes an und ließen es als Großgrundbesitzer von philippinischen Landarbeitern bebauen. Es gab somit bereits früh Formen der ländlichen - z.T. saisonalen - Lohnarbeit und für eine Intensivierung kapitalistischer Produktionsweisen standen genügend einheimische "freie" Arbeitskräfte zur Verfügung. Daher ist auch die Zahl der Chinesischstämmigen unter der städtischen Bevölkerung in den Philippinen heute nicht so groß.

Wiederum anders verhält es sich mit Thailand. Das Königreich Siam wurde zu keinem Zeitpunkt kolonialisiert; jedoch beeinflusste der Handel mit den Kolonialmächten auch die Entwicklung der Wirtschaft und führte zur Einführung kapitalistischer Produktionsweisen in den 30er Jahren, die allerdings nicht durch ausländisches Kapital, sondern vor allem durch den Staat vorangetrieben wurde. Aber die sehr traditionsgebundene und feudale Gesellschaftsstruktur stellte kein ausreichendes, für Lohnarbeit freies Arbeitskräftepotential, so daß auch hier in den Städten vor allem "Gastarbeiter" aus China diese Rolle übernahmen.

Gewerkschaften - antikoloniale Organisationen

In allen Ländern Südostasiens, bis auf Thailand, wurde die kapitalistische Produktionsweise durch die Kolonialherren eingeführt und vornehmlich von ihnen oder anderen Ausländern - später auch Chinesen - angewandt. Gewerk-



Deckengemälde, das die erste katholische Messe auf Cebu darstellt und "Magellan's Cross" in Cebu City

schaftliche Aktivitäten, die sich zum Schutz der Arbeitskraft gegenüber der Willkür der Unternehmer entwickelten, waren somit auch immer ein Kampf gegen den Kolonialherren oder andere Ausländer. Diese Erfahrungen machte gewerkschaftliche Aktivisten und Organisierte auch besonders empfänglich für nationalistische und antikoloniale Ideen, die sich unter den Intellektuellen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelten. Durch die Organisation der Produktion in größeren Betrieben (erzwungenermaßen) geschult, waren Gewerkschaftsorganisationen in den Handelszentren der Kolonialmächte - soweit sie nicht verboten waren und im Untergrund arbeiteten - die "schlagkräftigsten" Verbände in den antikolonialen Bewegungen der Völker Südostasiens, wenn sie auch bei weitem nicht die Mehrheit der Bevölkerung repräsentierten. Die "traditionellen" und sozusagen erfolgreichen Gewerkschaften während der Kolonialzeit bis zur gewährten oder erkämpften Unabhängigkeit hatten somit auch immer eine starke politische, nämlich antikoloniale Komponente in ihrem Kampf.

Nach der Unabhängigkeit

Mit der sich abzeichnenden Unabhängigkeit und der Bildung der Nationalstaaten meist nach europäischem Vorbild, wurde auch das Bündnis mit den Nationalisten brüchig, sofern sie es waren, die die Rolle der Unternehmer z.B. im Rahmen staatlicher Verwaltung oder Versorgungseinrichtungen wie Post, Eisenbahn usw. übernahmen, oder sogar selbst jetzt die Chance hatten, private Unternehmer zu werden bzw. als solche weiter zu expandieren. Selbst dort, wo nach wie vor die Ausländer - meist die ehemaligen Kolonialherren, später die USA und Japan - die größten Unternehmer waren, waren nach und nach die neuen Herren mehr am Wachstum ihrer Wirtschaft, von der sie schließlich profitierten, als an dem Schutz der arbeitenden Bevölkerung vor der Willkür kapitalistischer Ausbeutung interessiert. Sie waren es schließlich, die den gewerkschaftlichen Spielraum zum "Wohle der nationalen Interessen" zunehmend einschränkten, sei es durch die Einführung oder Verschärfung von restriktiven Gesetzen, wenn dies nicht bereits vorher von den ehemaligen Kolonialherren gemacht worden waren, durch die direkte Teilnahme für die Unternehmer bei Arbeitskämpfen bis hin zum Einsatz von Militär oder durch ein Verbot schlagkräftiger Gewerkschaftsorganisationen. Gleichzeitig versuchten sie mit Hilfe einiger europäisch/amerikanischer Gewerkschaftsorganisationen den Gedanken der "Partnerschaft" von Kapital und Arbeit einzuführen, und

einstmals militante Gewerkschaftsführer zu kooptieren. In den "sozialistischen" Ländern wie Nord-Vietnam und später auch Süd-Vietnam, Laos und Kambodscha war die Bedeutung der Gewerkschaften zum Schutz der Arbeitskraft ja per definitionem nicht mehr nötig, da schließlich die Partei der Arbeiter und Bauern an die Macht gekommen war, die schließlich nicht wie die Kapitalisten die Arbeiter ausbeutet.

Gerade nach dem 2. Weltkrieg waren die Gewerkschaften besonders stark. Die Japaner waren abgezogen und die alten europäischen Kolonialherren, noch mit den Folgen des Krieges in den "Mutterländern" beschäftigt, nicht richtig zurückgekehrt. In den Großstädten und z.T. auch auf dem Land, wo die Gewerkschaften aktiv waren, waren sie die einflußreichsten Massenorganisationen, wie z.B. in Malaya und Singapur, zusammen mit den anti-japanischen Befreiungsbewegungen. Sie mußten erleben, wie ihnen Stück für Stück, erst von den Kolonialherren und dann auch von den neuen, "unabhängigen" Regierungen die Rechte genommen wurden.

Erneute Entwicklung spontaner gewerkschaftlicher Kämpfe

Heute sind praktisch in allen Ländern Südostasiens die Grundrechte Versammlungsfreiheit und Streikrecht, wenn nicht aufgehoben, so doch erheblich eingeschränkt. Die Ausrichtung der ASEAN-Staaten auf exportorientierte Produktion und Industrialisierung vorwiegend durch ausländisches, vor allem japanisches und US-amerikanisches Kapital erfordert billige und gefügte

Arbeitskräfte. Jegliche störende Aktivitäten von Gewerkschaften müssen entweder durch die absolute Kontrolle der Gewerkschaft durch den Staat, wie z.B. in Singapur oder Indonesien, oder restriktive Gesetze und Verbote, wie in Malaysia, den Philippinen und z.T. in Thailand, verhindert werden. Aber mit der zunehmenden modernen, industriellen Güterproduktion, vor allem in der arbeitsintensiven Textil- und Elektronikindustrie, wird eine immer größere Anzahl von Menschen, insbesondere auch Frauen, in die Massen-Lohnarbeit aufgesogen. Wenn auch diese meist nicht gewerkschaftlich organisiert werden dürfen oder können, so entwickeln sich doch immer wieder spontan gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen, denn um die Unternehmerwillkür bei der Auspressung der Arbeitskraft zu überleben, bleibt den Lohnabhängigen keine andere Wahl. Hierauf haben häufig weder die traditionellen, vor allem auf männliche Lohnarbeit ausgerichteten, noch die staats- bzw. unternehmer-treuen Gewerkschaften einen Einfluß. Anders als in Westeuropa, wo aufgrund des z.Zt. relativ hohen Lebensstandards der Mehrheit der Bevölkerung die Gewerkschaften um Anteile des gesellschaftlichen Wohlstandes kämpfen, geht es bei der zunehmenden Industrialisierung in Südostasien den Lohnabhängigen in den meisten Arbeitskämpfen um die reine Absicherung der täglichen Existenz. Dies wird auch in der nächsten Zukunft noch Motor für spontane Arbeitskämpfe und die Bildung von gewerkschaftlichen Organisationen sein, die mit Sicherheit einen maßgeblichen Einfluß auf die sozialen Veränderungen der Länder haben werden.

Peter Franke

Heute sind praktisch in allen Ländern Südostasiens die Grundrechte Versammlungsfreiheit und Streikrecht, wenn nicht aufgehoben, so doch erheblich eingeschränkt. Die Ausrichtung der ASEAN-Staaten auf exportorientierte Produktion und Industrialisierung vorwiegend durch ausländisches, vor allem japanisches und US-amerikanisches Kapital erfordert billige und gefügte Arbeitskräfte.